

DIE ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN PRESSE SEIT 1945

Wenn man sich die heutige deutsche Presse ansieht, dann fällt sofort auf, daß in der Bundesrepublik einige wenige große Zeitungen von 250 000 Stück und mehr Auflage neben einer Vielzahl kleiner und kleinster Zeitungen bestehen. Dieses bunte Bild zeigt große politische und kleine lokale Zeitungen. Das ist einer der großen Unterschiede in der Situation der deutschen Presse gegenüber der in anderen Ländern, zum Beispiel in England. Das Erscheinen weniger großer Zeitungen und das Fehlen der kleinen Blätter in England sind eine Folge der geographischen Lage; in England ist die Verbreitung der Zeitungen einfacher. In Deutschland wäre es unsinnig, eine in Trier erscheinende Zeitung nach Cuxhaven zu schicken. Entscheidend für die heutige Lage und das heutige Gesicht der deutschen Presse aber ist die geistige Situation, die in Deutschland nach 1945 entstand und von wesentlicher Bedeutung auch für eine lange Zukunft sein wird.

Es war eine der erfreulichsten Maßnahmen der Besatzungsmächte, daß sie die Herausgabe der Zeitungen verboten, die bis 1945 im Dienste des Nationalsozialismus gestanden hatten. Es erschienen neue Blätter, die zunächst von den Besatzungsmächten oder Militarregierungen und unter ihrer materiellen und ideellen Leitung und Verantwortung herausgegeben wurden. Bereits Ende 1945, aber vor allem 1946, gingen diese Militarzeitungen in die Hände deutscher Zeitungsverleger oder Herausgeber über. Man nannte sie Lizenzträger. Auf diese Weise entstanden 1946 etwa 100 deutsche Zeitungen, die von Deutschen verantwortlich geleitet wurden. In ihren Redaktionen und Verwaltungen hatten sie jedoch noch amerikanische, britische oder französische Kontrolleure. Erst im Laufe des Jahres 1946 und besonders 1947 schieden diese Kontrolleure aus, und die gesamte Verantwortung wurde den Deutschen übertragen. Das gilt für das Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Es war materiell noch nicht eine übermäßig schwere Verantwortung, die zu übernehmen war, denn in den einzelnen Städten der verschiedenen deutschen Zonen erschien zunächst nur jeweils eine Zeitung. Sie hatte noch keinen Konkurrenzkampf auszufechten und hatte auch sonst nur geringe Schwierigkeiten zu überstehen. Die Druckereien, die den Lizenztragern vielfach nicht zu eigen waren, waren ihnen zum Gebrauch übergeben worden. Häuser, Druckmaschinen, Setzmaschinen, die sie benutzten, gehörten anderen Unternehmungen. Das war nicht überall so. In einer geringeren Zahl der Fälle mußte alles neu beschafft werden.

Am 7. Januar 1946 wurde ein fertiges Zeitungsunternehmen in deutsche Hände übergeben und lizenziert. Das geschah in der britischen Zone zum ersten Male in Braunschweig. Andere Städte folgten schnell.

Nun war eine Situation geschaffen, mit der man sich etwas näher beschäftigen muß. Jeder, der damals eine Lizenz bekam, wurde als „Lizenzträger“ bezeichnet, ohne daß es klar war, welchen Inhalt dieses Wort hatte. War er nur Herausgeber, war er auch Chefredakteur oder Leiter der Redaktion? War er Besitzer dieses Unternehmens; nicht nur des Zeitungstitels, sondern auch des Hauses, seiner Maschinen und aller Rechte, die damit verbunden waren? Mit wem mußte er sich, sollte er es nicht sein, auseinandersetzen? Wie war die Rechtslage dieser Unternehmen? Einige Lizenzträger bildeten Gesellschaften mit beschränkter Haftung, andere offene Handelsgesellschaften, einige Unternehmen blieben im Eigenbesitz eines einzelnen Lizenztragers, „Besitz?“ — das war und ist keinesfalls

klar. Es gibt in der Presse unserer Länder nach 1945 — mindestens in der sogenannten Lizenzpresse — keine legitimen Besitzrechte mehr. Dieser Besitz wurde allein durch das Arbeitskapital aufgebaut. Finanzkapital, soweit es überhaupt verwendet wurde, hatte nur eine sehr wenig bedeutende Hilfestellung geleistet. An dem Arbeitskapital waren aber prinzipiell Journalisten, Techniker, Verwaltungspersonal und Verleger in gleicher Weise beteiligt. Daraus mußten und müssen noch die Konsequenzen gezogen werden. Schon 1946 stand man vor der Frage: Wer ist Eigentümer, wer hat Verfügungsrecht?

Damals schon begannen die Auseinandersetzungen zwischen den Lizenzträgern und den Altverlegern, die vor 1945 bereits Verleger von Tageszeitungen waren. Sie hatten zu einem Teil die Maschinen in ihrem Eigentum, die Häuser und alles, was dazu gehörte. Einmal schriet) eine deutsche Zeitung treffend, die Altverleger hätten das Recht, viel Geld zu verdienen und die anderen, die Lizenzträger, die Pflicht, ein Risiko zu übernehmen. Die Lizenzträger mußten nämlich für den Gebrauch dieser Maschinen auch Gebühren, Leihgeld, Pacht bezahlen, und die Höhe dieser Pacht setzten die Altverleger so fest, wie sie glaubten, es rechtfertigen zu können — die einen vor ihrer öffentlichen Verpflichtung, die anderen vor ihrem Geldbeutel. So kam es, daß der eine zu verdienen vermochte und der andere mit der Herausgabe seiner Zeitung ein immer stärkeres Risiko einging, je näher der Tag der Währungsreform in Deutschland rückte, von dem an die Herausgabe der Zeitung keine Angelegenheit des Geldverdienens, sondern der sorgfältigen Disposition und Kalkulation war und der Kunst, sich durch die großen Schwierigkeiten unseres Wiederaufbaues hindurchzuwinden.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Zeitungsverleger, die Lizenzträger, die in den Jahren 1946 bis 1948 neu an ihre Aufgabe herankamen, diese Aufgabe als einen Dienst an der Öffentlichkeit betrachteten. Sie wurden eingesetzt als die Garanten der neuen demokratischen Entwicklung in Deutschland, und sie fühlten sich überwiegend als solche. Ohne diese Motive für die Herausgabe der Zeitungen gleichzustellen etwa mit denen, die für jene großen deutschen Verleger gelten müssen, die einmal die deutsche Presse, die Zeitschriftenpresse und das Buchwesen zu einem großen Namen in der Welt brachten, kann doch allgemein gesagt werden, daß jene Garanten der demokratischen Entwicklung in Deutschland ihre politische Pflicht richtig aufgefaßt haben. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß einzelne von ihnen später das Geldverdienen und — eben mit Hilfe der erworbenen Lizenz — das Geldbeschaffen als besseren Zweck der Unternehmung betrachteten und diese ihnen übertragenen politischen Pflichten der Herausgabe einer Zeitung für Beträge bis zu einer Million an Interessentengruppen verkauften.

Diese Entwicklung der Presse ging bis zur Währungsreform verhältnismäßig klar vor sich. Dann bekam das Geld seinen Wert. Wenige Monate danach wurde in der britisch besetzten Zone Deutschlands das Recht aufgehoben, daß Zeitungen nur von dem herausgegeben werden dürfen, der die Lizenz hat; jetzt traten die Altverleger auf. Zeitweilig waren sie vorher in der amerikanisch besetzten Zone schon früher zum Zuge gekommen. In der französisch besetzten Zone war von vornherein die Entwicklung einfacher. Die Altverleger nun, die vornehmlich kleinere und mittlere Zeitungen gründeten, kamen vielfach mit der ausgesprochenen Hoffnung, daß sie sehr bald das Feld der ehemaligen Lizenzpresse, wie man sie summarisch nannte, erobern würden. Das war ein Irrtum. Die Auflage der deutschen Zeitungen in allen Zonen der Bundesrepublik betrug im Juli 1948 10,9 Millionen. Im Juli 1950, nach zwei Jahren Entwicklung im Wettbewerb der Lizenzpresse gegen die Altverleger, zeigte sich, daß die Altverleger eine Gesamtauflage von 2,4 Millionen erreicht hatten und die Auflage der Lizenzpresse bei

9,8 Millionen stehengeblieben war. Ihre Auflage war also gesunken, aber wesentlich weniger, als sie selbst befürchtet hatte. Die Verluste waren geringer als die Gewinne auf der anderen Seite.

Das Wort Heimatpresse zog nicht mehr. Man hatte sich in diesem Punkt aus drei Gründen verrechnet. Der Rundfunk läßt den engeren Begriff der Heimat nicht mehr gültig sein. Er hat uns über die kleinen Bezirke, über die kleineren und größeren Provinzen, ja über die Länder hinweg auf die Welt blicken gelehrt. Zweitens: Die Söhne der Bauern und Bürger, die einmal die Heimatzeitung lasen, waren in Frankreich und in Rußland gewesen, in Skandinavien, als Kriegsgefangene in England und Amerika. Sie hatten Italien und Afrika gesehen; sie kamen in ihre Heimat zurück mit der Sehnsucht in die Weite der Welt. Weiter: Aus dem Osten Deutschlands und aus vielen Ländern Osteuropas kamen Flüchtlinge und durchsetzten die Bevölkerung bis zu 50 vH. und mehr. Sie hatten andere Anschauungen als jene und beanspruchten eine andere Zeitung. Es begann darum eine Wandlung der Zeitung in Deutschland aus sich selbst und aus dem Bedürfnis der Leser.

Der unzweifelhafte Erfolg, den die Lizenzpresse errungen hat, wurde aber auch zu einem Teil bezahlt mit einem Entgegenkommen an ein neues und anders geartetes Bedürfnis der Bevölkerung und der Leser, durch ein Entgegenkommen an den Ton und die Art der Darbietung der politischen Situation in der sogenannten Heimatpresse. Das strenge Bild einer politischen Zeitung wurde nach 1946 lockerer, freundlicher, menschlicher. Das darf man nicht übersehen.

Nach 1945 wurde den Journalisten von den Kontrolloffizieren aller Besatzungsmächte kein Satz häufiger gesagt als der: „Tatsachen sind heilig, Meinungen sind frei.“ Die innere Wandlung der deutschen Presse nahm mit diesem Satz sozusagen ihren Anfang oder sollte ihn nehmen, und trennte also Nachricht von Kommentar. Das war für manche neu, für andere war es eine alte und selbstverständliche Regel, nach der sie ihren Beruf ausgeübt hatten. Leider kam ein anderes hinzu, nämlich, daß die gleichen Kontrolleure der deutschen Presse eine neue Aufmachung, ein neues äußeres Bild vorzuschreiben begannen, das nicht den Wünschen und Auffassungen der deutschen Journalisten entsprach. Man sagte, es sei dies ein sichtbarer Bestandteil der demokratischen Presse, und man war schwerhörig gegen das Argument, daß unzweifelhaft die Schweizer Zeitungen auch eine demokratische Presse darstellten und keinesfalls — man braucht da nicht gleich an die „Neue Zürcher Zeitung“ zu denken — eine Aufmachung wie etwa der „Daily Mirror“ zeigen. Den Mittelweg zu finden war schwierig, und es hat viele heftige Auseinandersetzungen gegeben. Aus der Widersetzlichkeit gegen den Kontrolleur, der etwas von den deutschen Journalisten wollte, was sie aus beruflichen Erfahrungen und politischer Einsicht nicht mitmachen konnten, aus dem Einspruch gegen Formulierungen und Tendenzen bei dem einen und bei dem anderen Artikel, der als freie Meinung geschrieben und gedacht war, entstand jenes weit ausgedehnte Spannungsfeld, aus dem der spätere Gegensatz zwischen der Masse der deutschen Journalisten und der Politik der konstruierten Demokratisierung, womit hier einmal die Politik der Besatzungsmächte zusammengefaßt sei, mit zu erklären ist.

Es ist kaum beachtet worden, aber es hat praktisch einen großen Einfluß ausgeübt, daß — im Herbst 1947 — der damalige amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, General Clay, einen Erlaß an die Zeitungen seiner Zone herausgab, in dem er eine der Grundfesten der bis dahin gültigen Zeitungspolitik in Deutschland beseitigte. Er erklärte, daß der Angriff der Presse auf die Sowjetunion frei sei. Damals erschienen die ersten Artikel, die sich mit Schärfe gegen

die Russen wandten. Es ist die Frage, ob es in jener Zeit aus vielen, nicht zuletzt psychologischen Gründen zweckmäßig war, dem deutschen Journalisten zu sagen: Du kannst nicht nur, nein, du mußt jetzt einen Angriff starten. Die Folgen wurden augenblicklich sichtbar. Es erschien eine Fülle von Artikeln, die mit objektiver Beurteilung eines Tatbestandes und danach legitimierter Polemik auch nicht das geringste zu tun hatten, sondern die einfach aus der Wollust des Kampfes gegen einen Gegner überschwänglich wurden.

Was danach in gewissen Organen folgte, die Maßlosigkeit im Wort, das Nichtmehrzurückhalten in der Beurteilung von Situationen, das waren sicher Folgen einer zu frühen Öffnung der Schleusen, die erst nach langer und langsamer Entwicklung hätten geöffnet werden dürfen. Es arbeiteten doch Journalisten, die ihre ganze Erziehung in einem fünfzehn Jahre lang totalitär regierten Staat erhalten hatten und die den Wortschatz nicht einmal zu verleugnen vermochten — das „Durchführen“ und das „Ausrichten“ —, der ihnen damals merkwürdiger Besitz geworden war. Die Hoffnung, daß nach 1945 in Deutschland die Zeit des leisen und einfachen Wortes kommen könnte, jene Zeit der Zwischentöne, in der man nicht brutal sprechen muß, sondern mit Andeutung das erreicht, was man erstrebt, und in freundlicher Geste und freundschaftlicher Art weiterkommt als mit dem harten und scharfen Ton, wurde ein Irrtum. Die ausgeübte Lenkung hatte bei den Objekten dieser Lenkung das Gefühl erweckt: Du bist nicht selbst zur Verantwortung zu ziehen, du hast etwas zu tun, du kannst Befehle ausführen, du kannst dich fügen, und es wird schon gehen. Im ganzen sorgten der Controller, der Lizenzträger, der Chefredakteur, eben die Verantwortlichen, dafür, daß alles seinen glatten Gang ging. Gern und freudig konnte man sich hinter den imaginären, niemals in Erscheinung tretenden Engländer oder Amerikaner oder Franzosen der Besatzungsmacht verstecken und glauben, daß man seine Pflicht erfüllt habe und nun doch eine einigermaßen brauchbare Zeitung herausgäbe. Es fehlte oft an Zivilcourage, auch wohl an einem festen Standort und an einem klaren Bild von einer ersehnten Welt. Man war *gegen* Hitler gewesen, gegen Terror, Diktatur, Lüge, Heimtücke. Aber *wofür* war man?

Vielleicht war es nützlich, daß diese Entwicklung, die 1945 bis in die Gegenwart hinein vor sich ging, sogar durchlebt werden mußte. Auf diese Weise kam es aber leider nicht zu dem für eine demokratische Entwicklung der Presse erforderlichen internationalen oder auch nationalen Gespräch. Es wurde Kenntnis genommen und angegriffen, manchmal auch ohne Kenntnis und in einer Form angegriffen, die an die politischen Auseinandersetzungen vor 1933 erinnerte und sich untergründig in der Zeit von 1933 bis 1945 fortgesetzt hatte. Jene mörderische Zeit blieb bei den Menschen als Erfahrungsgut, als Bodensatz, und aus ihm wurde die neue Pflanze der echten demokratischen, journalistischen Arbeit mit gespeist. Daß diese Pflanze noch Säfte in sich trug, die nicht giftfrei waren — wer mag das leugnen? Wir sind dahin gekommen, daß es möglich ist, heute vom Staatsjournalismus zu sprechen, daß man Journalisten engagiert hat zu dem Zweck, einen gewissen Auftrag im Sinne einer gewissen Regierungstendenz zu erfüllen, daß man darauf verfallen ist, Journalisten zu engagieren, die als staatliche Sprecher fungieren, daß ein Büro, eine Einrichtung organisiert wurde, die offiziös Nachrichten und Meinungen in der Welt verbreiten soll, wobei man viel Kraft und Geist aufgewendet hat, um diese Offiziösität erst einmal zu tarnen. Es gibt kaum mehr das einfache, freie, überzeugende Gespräch. Die Erinnerung an die totalitäre Lenkung, das Wissen um die Einfachheit von Kommando und Gehorsam sind so stark und sind so in Fleisch und Blut übergegangen, daß man glaubt, vor allem mit solchen Methoden zu einer erfolgreichen Arbeit in der Publizistik kommen zu können.

Vor 1933 sind die Worte „unabhängig“ und „überparteilich“ sicher in Jahrzehnten nicht so oft zu hören gewesen, wie man sie jetzt in Monaten zu hören bekommt. Viele Zeitungen in Deutschland nennen sich überparteilich und viele unabhängig. Damit sollte man sparsamer umgehen. Dabei ist weniger an jene Abhängigkeit vom Inserat gedacht — eine Abhängigkeit, die auch indirekt ausgeübt werden kann —, sondern vielmehr daran, daß heimliche — manchmal sind es auch unheimliche — Kapitalgeber vorhanden sind, die Einfluß zu nehmen versuchen, ebenso an die heimliche Macht der Verbände, Organisationen und Institutionen.

Dieser Einfluß hat mit der Zeit dazu geführt, daß lizenzierte Zeitungen an kapitalkräftige Unternehmen verkauft wurden. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die „Stuttgarter Zeitung“ erinnert. Hier wurde vor einigen Jahren einem ehemaligen Lizenzträger eine sehr hohe Summe gezahlt. Ähnliche Gerüchte gehen zur Zeit über „Die Welt“ um. Immer wieder taucht im Zusammenhang mit solchen Manipulationen der Name des Kölner Bankiers Dr. Pferdenges auf. Auch das Deutsche Industrie-Institut in Köln wird genannt. Das Gesicht der heutigen Presse spiegelt oftmals diese Bemühungen um den Kapitaleinfluß sehr deutlich wider; sie sind eine der Schwierigkeiten, die die Entwicklung der deutschen Presse hemmen. Zu diesen Schwierigkeiten kommt eine weitere hinzu. Der Papierpreis, der gegenüber dem Vorkriegsstand heute mehr als das Vierfache beträgt, wenn auch ein langsames Sinken zu beobachten ist. Der teure Exportpreis für Papier wirft die vorsichtigsten Kalkulationen über den Haufen. Die fehlende gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Papiermenge im Inland vermehrt die Schwierigkeiten, denen sich die deutsche Presse heute gegenüber sieht. Die Folgen dieser wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind sehr schnell eingetreten. Die Gesamtauflage aller in der Bundesrepublik erscheinenden Zeitungen beträgt heute 9,7 Millionen. Davon besitzen die Altverleger weiterhin einen Anteil von 2,4 Millionen. Die Verluste haben also die sogenannte Lizenzpresse getroffen, in einer Weise, daß man heute sagen muß: Sie lebt gerade noch, diese Lizenzpresse, aber sie hat nicht mehr *das* zur Verfügung, was zu einer wirklichen Entwicklung notwendig wäre. Umgekehrt haben die sogenannten Altverleger nicht *so* viel gewonnen, daß sie nun in der Lage wären, wirklich brauchbare Zeitungen herauszubringen. Die Folge? Es fehlt in Deutschland noch die große nationale und internationale Zeitung und oft auch die Grundlage für das internationale Gespräch. Im inneren Verhältnis der deutschen Presse haben diese Schwierigkeiten eine weitere Folge, nämlich die immer stärker werdende Abhängigkeit des Redakteurs vom Verleger und damit eine Lähmung der geistigen Entwicklung der Zeitung.

Wenn Verbände zu der Auffassung gelangen, daß sie nur dann mit ihren Meinungen und mit ihren Mitteilungen und Informationen zu Wort kämen, wenn sie personell und materiell den entscheidenden Einfluß auf diese Zeitung, jenes Büro und diese Agentur haben, dann ist es noch ein sehr weiter Weg bis zu einer echten Demokratisierung der Presse in Deutschland. Wenn dann noch ein Gesetz zur „Sicherung der Pressefreiheit“ vorbereitet wird, dessen im zweiten Paragraphen stehender Satz: „Die Presse ist frei“ in den folgenden 62 Paragraphen zerpfückt und wieder aufgehoben wird, dann ist dieses Ziel nicht zu erreichen; es sei denn, daß man an den entscheidenden Stellen die Demokrateure durch Demokraten ersetzt.